



Datum 20. März 2015
Reg.Nr. 16.05.07
Abteilung Parlamentssekretariat
Person Doris Fischli
Funktion Parlamentssekretärin
E-Mail doris.fischli@glarus-nord.ch
Direkt 058 611 70 41

Protokoll 6. Sitzung Gemeindeparlament Glarus Nord vom 19. März 2015 17.30 – 19.15 Uhr im Jakobsblick Niederurnen

Vorsitz Parlamentspräsidentin Gret Menzi
Gemeindeschreiberin Andrea Antoniotti Pfiffner

Protokoll Parlamentssekretärin Doris Fischli

Begrüssung

Parlamentspräsidentin Gret Menzi begrüsst die Mitglieder des Gemeindeparlamentes und des Gemeinderates, die Pressevertreter sowie die Gäste zur 6. Sitzung des Gemeindeparlamentes Glarus Nord.

Zur heutigen Sitzung wurde ordnungsgemäss eingeladen. Die Zustellung von Einladung, Traktanden und Unterlagen an die Parlamentsmitglieder ist fristgerecht erfolgt. Ebenfalls ist die heutige Sitzung im Amtsblatt des Kantons Glarus sowie im Glarus Nord Anzeiger publiziert worden.

Als Unterstützung für die Protokollierung wird eine Tonbandaufnahme erstellt. Die 6. Parlamentssitzung Glarus Nord gilt somit für eröffnet.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Mitglieder des Parlamentes entschuldigt:

- Blumer Marianne, Niederurnen, SP
- Conte Lorenzo, Näfels, GLP
- Gallati Peter, Näfels, FDP
- Hanspeter Hertach, Niederurnen, SVP
- Hefti Alfred, Mollis, SVP
- Landolt Martin, Näfels, SVP
- Schmid Cornelia, Bilten, FDP

Anstelle des abwesenden 1. Büromitgliedes Hanspeter Hertach wird Adrian Hager als Ersatzstimmzähler walten.

Anwesenheitskontrolle

Anrede	Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	Partei	abwesend
Herr	Daniel	Bär	Bahnhofstrasse 6	8868	Oberurnen	SVP	
Frau	Daniela	Baumann	Brühlstrasse 3	8865	Bilten	CVP	
Herr	Christian	Beglinger	Kännelstrasse 28	8753	Mollis	GLP	
Frau	Marianne	Blumer	Mättlistrasse 28	8867	Niederurnen	SP	X
Frau	Madlaina	Brugger	Oberdorfstrasse 44	8753	Mollis	Grüne	
Herr	Lorenzo	Conte	Kärpfstrasse 7	8752	Näfels	GLP	X
Herr	Fridolin	Dürst	Burg 18	8758	Obstalden	FDP	
Herr	Max	Eberle	Ennetgiessen 10	8752	Näfels	BDP	
Herr	Peter	Gallati	Am Linthli 28	8752	Näfels	FDP	X
Herr	Adrian	Hager	Rautiweg 5	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Alfred	Hefti	Müligaden 1	8753	Mollis	SVP	X
Herr	Andreas	Hefti	Linthlistrasse 3	8868	Oberurnen	SVP	
Herr	Hanspeter	Hertach	Mättlistrasse 2	8867	Niederurnen	SVP	X
Herr	Hans	Hösli	Rütelistrasse 5	8753	Mollis	SVP	
Herr	Thomas	Huber	Hauptstrasse 41b	8867	Niederurnen	CVP	
Herr	Peter	Kistler	Rosenbordstrasse 18	8867	Niederurnen	SP	
Herr	Kurt	Krieg	Bleichi 1	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Martin	Landolt-Meier	Mühle 21b	8752	Näfels	SVP	X
Herr	Daniel	Landolt-Tremp	Escherstrasse 10	8752	Näfels	CVP	
Frau	Gabriela	Meier Jud	Sagengüetli 1	8867	Niederurnen	FDP	
Frau	Gret	Menzi	Seergarten 6	8874	Mühlehorn	BDP	
Herr	Jürg	Menzi	alte Kerenzerstr. 37	8758	Obstalden	SVP	
Frau	Priska	Müller Wahl	Schützengartenstr. 8	8867	Niederurnen	Grüne	
Frau	Margrit	Neeracher	Kärpfstrasse 35	8868	Oberurnen	CVP	
Herr	Patrik	Noser	Landstrasse 49	8868	Oberurnen	CVP	
Frau	Ann-Kristin	Peterson	Mühlegasse 6	8867	Niederurnen	Grüne	
Herr	Luca	Rimini	Im Grütli 40	8868	Oberurnen	BDP	
Frau	Cornelia	Schmid	Käsernhoschet 8	8865	Bilten	FDP	X
Frau	Elisabeth	Schnyder	Wiesenstrasse 5	8865	Bilten	SVP	
Frau	Karin	Stüssi	Löwenstrasse 10	8867	Niederurnen	SVP	
Frau	Katia	Weibel Fischli	Gerbi 30	8752	Näfels	SP	
Herr	Christoph	Zürrer	Oberdorfweg 18	8753	Mollis	SP	
Herr	Christoph	Zwicky	untere Bitzi 20	8758	Obstalden	SP	

Präsenz 26 Parlamentarier/-innen sind anwesend, die Beschlussfähigkeit gemäss Art. 10 der Parlamentsordnung ist somit festgestellt.

Bevor über die ordentlichen Traktanden beraten wird, informiert Jacqueline Thommen, Bereichsleiterin Ressort Bau und Umwelt, über das Thema Revision Ortsplanung Glarus Nord, Nutzungsplanung, Kernthemen der Nutzungsplanung (Präsentation als Anhang zum Protokoll).

Im Anschluss an ihre Ausführungen beantwortet Jacqueline Thommen folgende Fragen der Parlamentsmitglieder:

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne

Erkundigt sich nach einem Plan, auf welchem die Bauzonen mit jeweiligem Erschliessungsgrad ersichtlich sind. Bisher war nur eine Excel-Tabelle mit Zahlen bekannt.

Jacqueline Thommen, BL Bau und Umwelt

Einen solchen Plan gibt es noch nicht, er wird aber im Zusammenhang mit der Kategorisierung und Normierung der Strassen erarbeitet. Damit kann festgestellt werden, welche Gebiete genügend erschlossen sind.

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne

Aus den Mitteilungen des Regierungsrates zitiert sie folgenden Abschnitt betr. Fruchtfolgeflächen in Glarus Nord: *Das Verfahren zur Anpassung des Sachplans Infrastruktur Luftverkehr für Zivilnutzung vom Flugplatz ist zurzeit im Gang. Falls der Entwicklungsschwerpunkt nicht umgesetzt werden kann, werden die Flächen später als Fruchtfolgeflächen in den kantonalen Richtplan aufgenommen.*

Priska Müller Wahl möchte wissen, in welchem Verfahren dies umgesetzt würde. Wird es eine departementsinterne Nachführung oder eine Richtplananpassung geben?

Jacqueline Thommen, BL Bau und Umwelt

Die vom Kanton verabschiedeten Fruchtfolgeflächen sind Bestandteil des Kantonalen Richtplans und dieser muss vom Bund genehmigt werden. Der Entscheid bezüglich der Fruchtfolgeflächen liegt also beim Bund.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Das Gäsi wurde von der Gemeindeversammlung als touristisches Intensivgebiet bestimmt. Aus den Unterlagen des Regierungsrates zur Richtplananpassung geht hervor, dass dieses Gebiet nicht in die Vorlage aufgenommen wurde. Jetzt wäre die Gelegenheit günstig, dieses Thema in die Revision des Richtplans einfließen zu lassen.

Jacqueline Thommen, BL Bau und Umwelt

Aufgrund des Entscheids der Gemeindeversammlung war der nächste Verfahrensschritt die Antragsstellung um Aufnahme des Gäsi als touristisches Intensivgebiet in den kantonalen Richtplan. Ein entsprechender Antrag wurde beim Kanton eingereicht, das Verfahren ist im Gange.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi verabschiedet Jacqueline Thommen mit bestem Dank für die interessanten Ausführungen und leitet damit zur ordentlichen Sitzung über.

Die heutige **Traktandenliste** umfasst 4 Traktanden:

1. Änderung der Parlamentsordnung (2. Lesung)
(Unterlagen der 1. Lesung: Antrag Parlamentsbüro 10.12.2014; synoptische Darstellung; Antrag Christoph Zürer, 05.07.2014)
2. Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 600'000 für die 2. Etappe des Projektes Neubau der Waldstrasse Unterer Nüen – Rietegg
(Antrag Gemeinderat 04.03.2015; Technischer Bericht; Übersichtsplan Gesamtprojekt; Bauplan 2. Etappe)
Die Unterlagen der 1. Etappe konnten auf www.glarus-nord.ch /Online-Schalter / Unterlagen Parlament 19.06.2014 eingesehen werden.
3. PuMa Effektivitäts- und Effizienzanalyse
(Antrag GR 05.02.2015; PuMa Projekt-Zusammenfassung 15.01.2015; PuMa Projekt-Kommentare)
4. Umfrage

Bereinigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt, somit wird gemäss vorliegender Traktandenliste getagt.

Geschäfte

(Einführung durch Parlamentspräsidentin Gret Menzi)

1. Änderung der Parlamentsordnung (2. Lesung)

(Unterlagen wurden vor der 1. Lesung zugestellt: Antrag Parlamentsbüro 10.12.2014; synoptische Darstellung; Antrag Christoph Zürcher, 05.07.2014)

Bei der 2. Lesung entfällt die Eintretensdebatte, es erfolgt direkt die Beratung der Beschlüsse der 1. Lesung vom 22.01.2015.

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Art. 22 Wahl und Organisation

Das Parlament hat am 22.01.2015 einstimmig beschlossen, Art. 22, Ziff. 1 der Parlamentsordnung wie folgt zu ändern: Der Präsident, der Vizepräsident und mindestens drei Fraktionsvertreter bilden das Büro. Jede Fraktion hat Anspruch auf mindestens einen Vertreter.

Keine Wortmeldung.

Beschluss

Das Parlament beschliesst einstimmig, Art. 22, Ziff. 1 der Parlamentsordnung wie folgt zu ändern:

1. Der Präsident, der Vizepräsident und mindestens drei Fraktionsvertreter bilden das Büro. Jede Fraktion hat Anspruch auf mindestens einen Vertreter.

Art. 22, Ziff. 2. – 4. wurden am 22.01.2015 vom Parlament ohne Änderung genehmigt.

Art. 26 Mitgliedschaft, Wahl

Das Parlament hat am 22.01.2015 einstimmig beschlossen, Art. 26, Ziff. 5 der Parlamentsordnung wie folgt zu ändern: Ein Parlamentsmitglied kann nicht mehr als einer Aufsichtskommission angehören; dies gilt ausnahmsweise nicht für Ersatzmitglieder von Fraktionen mit weniger als vier Mitgliedern.

Keine Wortmeldung.

Beschluss

Das Parlament beschliesst einstimmig, Art. 26 Ziff. 5. wie folgt zu ändern:

5. Ein Parlamentsmitglied kann nicht mehr als einer Aufsichtskommission angehören; dies gilt ausnahmsweise nicht für Ersatzmitglieder von Fraktionen mit weniger als 4 Mitgliedern.

Art. 37 Ständige Kommissionen

Das Parlament hat am 22.01.2015 den beantragten Änderungen in Art. 37 der Parlamentsordnung einstimmig zugestimmt.

Keine Wortmeldung.

Beschluss

Das Parlament beschliesst einstimmig, Art. 37 wie folgt zu ändern:

Die Kommissionsarbeiten werden folgenden ständigen Kommissionen zugewiesen:

1. Aufsichtskommissionen:
 - a) Geschäftsprüfungskommission;
 - b) Finanzaufsichtskommission
2. Sachkommissionen:
 - a) Bau-, Raum- und Verkehrsplanungskommission

Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

Schlussabstimmung

Das Parlament genehmigt einstimmig folgende Änderungen der Parlamentsordnung:

Art. 22, Ziff. 1 - 4

1. Der Präsident, der Vizepräsident und mindestens drei Fraktionsvertreter bilden das Büro. Jede Fraktion hat Anspruch auf mindestens einen Vertreter.
2. Das Parlament wählt alljährlich aus seiner Mitte die Büromitglieder. Die erstmalige Wahl ins Büro erfolgt geheim. Im Übrigen werden die Büromitglieder offen gewählt, es sei denn, das Parlament beschliesse geheime Wahl.
3. Als Stimmzähler amtieren diejenigen drei Büromitglieder, die dem Büro am längsten angehören. Ihre Reihenfolge bestimmt sich nach der Amtsdauer. Bei gleicher Amtsdauer entscheidet die Reihenfolge der Wahl.
4. Sind Stimmzähler an der Mitwirkung verhindert, so nehmen die übrigen Büromitglieder diese Funktion wahr. Fehlen weitere Stimmzähler, kann der Präsident andere Parlamentsmitglieder zur Ermittlung des Ergebnisses von Abstimmungen und Wahlen beiziehen, wobei der Vertretung der Fraktionen Rechnung zu tragen ist.

Art. 26, Ziff. 5

5. Ein Parlamentsmitglied kann nicht mehr als einer Aufsichtskommission angehören; dies gilt ausnahmsweise nicht für Ersatzmitglieder von Fraktionen mit weniger als 4 Mitgliedern.

Art. 37, Ziff. 1 und 2

Die Kommissionsarbeiten werden folgenden ständigen Kommissionen zugewiesen:

1. Aufsichtskommissionen:
 - a) Geschäftsprüfungskommission;
 - b) Finanzaufsichtskommission
2. Sachkommissionen:
 - a) Bau-, Raum- und Verkehrsplanungskommission

Die revidierte Parlamentsordnung tritt nach der Genehmigung durch das Parlament in Kraft. Sie wird nach der Unterzeichnung auf der Website der Gemeinde veröffentlicht.

2. Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 600'000 für die 2. Etappe des Projektes Neubau der Waldstrasse Unterer Nüen – Rietegg

(Antrag Gemeinderat 04.03.2015; Technischer Bericht; Übersichtsplan Gesamtprojekt; Bauplan 2. Etappe)

Die Unterlagen der 1. Etappe konnten auf www.glarus-nord.ch /Online-Schalter/Unterlagen Parlament 19.06.2014 eingesehen werden.

An der Parlamentssitzung vom 19. Juni 2014 ist der Verpflichtungskredit für die 1. Bauetappe genehmigt worden. Mit den Bauarbeiten wurde Ende September 2014 begonnen. Die beantragte 2. Bauetappe bringt jetzt die mit dem Projekt angestrebten Verbesserungen der Walderschliessung in der Mullernrunse und der Rietegg. Weitere Ausführungen sind dem Technischen Bericht zu entnehmen.

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Die Bau-, Raum- und Verkehrsplanungskommission hat das Geschäft anlässlich der 1. Bauetappe behandelt und dem Parlament am 23. Mai 2014 Bericht erstattet.

Eintretensdebatte

Keine Wortmeldung. Die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Die Detailberatung erfolgt anhand des Antrages des Gemeinderates.
Keine Wortmeldung.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst einstimmig

1. Den Verpflichtungskredit von Brutto CHF 600'000 für die zweite Etappe des Projekts Neubau der Waldstrasse Unterer Nüen – Rietegg zu gewähren.
2. Den Gemeinderat nach Ablauf des fakultativen Referendums mit dem Vollzug zu beauftragen.

3. PuMa Effektivitäts- und Effizienzanalyse

(Antrag GR 05.02.2015; PuMa Projekt-Zusammenfassung 15.01.2015; PuMa Projekt-Kommentare)

Der Aufbau der neuen Gemeinde war und ist für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung. Im Rahmen von zahlreichen Projekten wurden die Dienstleistungen der Gemeindeverwaltung im Sinne der Bevölkerung aufgebaut. Nach gut vier Jahren gibt es bereits genügend Erfahrungen, um die Verwaltung hinsichtlich Dienstleistungen und Organisation zu beurteilen. Aufgrund der Erkenntnisse sollen die Effektivität und die Effizienz weiter optimiert werden. Auch dem Regierungsrat war es ein Anliegen, dass seine Verwaltung und diejenigen der Gemeinden die Aufgaben möglichst effizient erfüllen. Mit einer Motion hat die FDP den Regierungsrat beauftragt, im Rahmen einer Effizienzanalyse „light“ die Effektivität der kantonalen Aufgaben und die Effizienz der Aufgabenerfüllung überprüfen zu lassen. Er begrüsst daher den Entscheid der Gemeinden, dass diese gleichzeitig ihre Dienstleistungen und Verwaltungen durch das gleiche Beratungsunternehmen überprüfen würden. Der Gemeinderat hat am 23.10.2013 die PuMaConsult GmbH beauftragt, alle Bereiche der Gemeindeverwaltung unter den gleichen Aspekten zu analysieren. Das Resultat dieser Analyse liegt jetzt vor.

Das Parlament nimmt die PuMa Effektivitäts- und Effizienzanalyse nur zur Kenntnis, es ist aber selbstverständlich erlaubt, zu den einzelnen Massnahmen Fragen zu stellen. Aus diesem Grund entfallen Eintretensdebatte und Detailberatung.

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Effektivitäts- und Effizienzanalyse – Stellungnahmen Ressorts

Wortmeldungen gibt es zu folgenden Punkten:

Ressort Gesundheit, Jugend und Kultur / (Fach)-Bereich Kultur / Thema: Bibliotheken

Daniel Bär, Oberurnen, SVP

Die Bibliotheken in Bilten, Mollis und Kerenzen sind für alle Personen zugänglich. Daniel Bär empfiehlt dem Gemeinderat zu prüfen, ob die beiden Schulbibliotheken in Oberurnen und Näfels ebenfalls für die Allgemeinheit geöffnet werden könnten. Durch entsprechende Jahresbeiträge könnte auch eine zusätzliche Kostendeckung erreicht werden.

Fridolin Elmer, Gemeinderat

Nimmt diese Anregung entgegen.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Wie bereits erwähnt, sind die Bibliotheken in Bilten, Mollis und Kerenzen sogenannte Mehrzweckbibliotheken. PuMa empfiehlt, eine Erhöhung des Kostendeckungsgrades dieser Mehrzweckbibliotheken zu prüfen. Gemäss Stellungnahme des Ressorts würde eine Überführung von Mehrzweckbibliotheken in reine Schulbibliotheken ein grosser kultureller Rückschritt bedeuten. Dem Entscheid des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass nun einzig der Kostendeckungsgrad der Mehrzweckbibliothek Kerenzen zu erhöhen, bzw. zu prüfen ist und damit ein Sparpotenzial von CHF 20'000 anzustreben ist. Falls damit ein Leistungsabbau erreicht würde, was bei der aufgeführten Massnahme vorhersehbar ist, oder eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Bibliotheken entstehen würde, ist der Gemeinderat aufgefordert, die Bibliothek Kerenzen den anderen beiden Mehrzweckbibliotheken gleichzustellen und damit auf eine Gebührenerhöhung zu verzichten.

Fridolin Elmer, Gemeinderat

Es ist auch für ihn nicht ganz verständlich, dass nur noch die Bibliothek Kerenzen aufgeführt ist, da ganz allgemein über die Bibliotheken gesprochen wurde. Kosten sollen mittels Effizienzsteigerung gespart werden. Beispielsweise führt die Bibliothek Kerenzen noch ein „Zettel-System“.

Diesbezüglich wird über alle Bibliotheken ein einheitliches und vernetztes System eingeführt werden, dies erleichtert die Arbeit bei der Erfassung und bringt dadurch auch gewisse Einsparungen. Ein Abbau bei den Bibliotheken oder gar eine Schliessung ist in nächster Zeit nicht zu befürchten. Es gibt zudem weitere Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. über andere Beiträge, dies wird noch geprüft.

Ressort Wald und Landwirtschaft / (Fach)-Bereich Arten- und Landschaftsschutz / Thema: Hoheitliche Aufgaben – Verzeigung von Verstössen

Daniel Bär, Oberurnen, SVP

Erkundigt sich beim Gemeinderat, weshalb keine Massnahmen beschlossen wurden. Diese Frage bezieht sich ebenfalls auf das nachfolgende Thema: Hoheitliche Aufgaben – Kontrollen.

Ruedi Menzi, Gemeinderat

Weist darauf hin, dass es sich bei diesen Themen um hoheitliche Aufgaben des Kantons handelt. Diese Aufgaben werden vom Kanton an die Gemeinden überwiesen gegen entsprechende finanzielle Abgeltung.

Ressort Wald und Landwirtschaft / (Fach)-Bereich Wald / Thema: Forstwirtschaft 2 Hoheitliche Aufgaben

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne

Bezeichnet die aufgeführten Mehreinnahmen durch kantonale Abgeltungen der hoheitlichen Aufgaben von CHF 150'000 als Bumerang. Sie verweist auf eine Empfehlung der PuMa an den Kanton, durch Verrechnung des Steuereinzugs an die drei Gemeinden insgesamt CHF 1.2 Mio. einzusparen. Als FAK-Mitglied und aus Sicht der Gemeinde empfiehlt Priska Müller Wahl deshalb, nicht auf diese Sparmassnahme einzugehen.

Ruedi Menzi, Gemeinderat

Die Aussage ist nicht ganz korrekt. Im Allgemeinen werden die Aufgaben, welche die Gemeinde im Bereich Waldwirtschaft für den Kanton wahrnimmt, via Finanzausgleich abgegolten. Dies betrifft jedoch nicht diese spezielle Aufgabe. Die Aussage des Kantons ist bekannt, falls die Gemeinde dies dem Kanton verrechnet, würde dieser im Gegenzug den Steuereinzug verrechnen.

Ressort Liegenschaften / (Fach)-Bereich VV / Thema: Schiessanlagen

Patrik Noser, Oberurnen, CVP

PuMa empfiehlt, nur eine statt vier Schiessanlagen zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde ist verpflichtet, mindestens eine Schiessanlage zu betreiben, solange das obligatorische Schiessen durchgeführt wird. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass an einem einzigen Standort die Lärmbelastung enorm steigen würde. Bereits jetzt bestehen Probleme mit der Lärmschutzverordnung, so dass die Schiesshalbtage stark eingeschränkt werden. Sollte das Vorhaben aufgrund des jährlichen Einsparungspotenzials von CHF 26'000 realisiert werden, müsste ein neuer Schiessstand weit ausserhalb der Wohnzonen erstellt werden. Dies würde vermutlich Investitionen in Millionenhöhe verursachen.

Ruedi Schwitter, Gemeinderat

Im Zuge der Altlastensanierungen werden die drei Stände in Bilten, Niederurnen und Mollis saniert und von der Bleiverschmutzung befreit. Es ist geplant, das Projekt Ende 2015 abzuschliessen, bis dann werden an diesen Anlagen auch künstliche Kugelfänge montiert. Der Gemeinderat unterstützt den Schiesssport, daran wird sich mittelfristig nichts ändern. Es ist nicht beabsichtigt, die drei Stände in den nächsten 5 – 10 Jahren aufzuheben.

Die angesprochene Problematik bezüglich des Lärmschutzes ist bestens bekannt. Zudem sind alle Stände praktisch vollständig ausgelastet: Mollis mit den Schützen des Kerenzerbergs und Mollis, Niederurnen mit den Schützen aus Näfels, Oberurnen und Niederurnen, Bilten mit den Schützen von Nuolen und Bilten. Für eine weitere Zusammenlegung fehlt die Kapazität. Einsparungen können durch die Einführung eines einheitlichen Betriebsreglementes über alle Stände erreicht werden.

Ressort Liegenschaften / (Fach)-Bereich FV / Thema 75003, 75016

Karin Stüssi, Niederurnen, SVP

Möchte eine Erklärung zum Beschluss des Gemeinderates, bis 2016 den Verkauf des Schlössli zu prüfen.

Bruno Gallati, Gemeinderat

Eine Prüfung umfasst sämtliche Möglichkeiten, wobei ein Verkauf momentan nicht im Vordergrund steht. Sollte es wider Erwarten zu einer Veräusserung kommen, würde dies vorgängig mit der Schlössligenossenschaft abgesprochen werden. Das Geschäft würde dann den üblichen politischen Prozess durchlaufen, dies beinhaltet auch die Vorlage ans Parlament. Momentan ist der Gemeinderat jedoch mit der Schlössligenossenschaft im Gespräch weil per 01.01.2016 eine neue Vereinbarung ausgearbeitet wird. Der Gemeinderat ist sich der bestehenden Schwierigkeiten der Schlössligenossenschaft durchaus bewusst, er steht jedoch allen Möglichkeiten offen gegenüber. Erfreulicherweise wird sich die Gemeinderechnung 2014 besser präsentieren als erwartet. Dies entlastet den Gemeinderat vom Druck, Liegenschaften veräussern müssen. Diese Information fehlte bei der Beratung dieses Geschäftes im Rahmen der PuMa-Analyse.

Ressort/Bereich Bau und Umwelt, Aufbauorganisation

Peter Kistler, Niederurnen, SP

Vorgängig seines Votums bittet er die Vorsitzende, am Schluss der Beratung das Wort zum generellen Vorgehen der Effizienz- und Effektivitätsanalyse frei zu geben.

Die Aufbauorganisation des Bereichs Bau und Umwelt beinhaltet das grösste vorhandene Einsparungspotenzial. Die Kommentare des Ressorts selber zeigen, dass den Direktbetroffenen das Optimierungspotenzial seit längerem bekannt ist. Es stellt sich deshalb die Frage, warum bisher noch nichts umgesetzt wurde. Konkret möchte Peter Kistler wissen, welche Massnahmen nun getroffen werden.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Es braucht eine gewisse Zeit um eine Organisation zu verändern. Einige Anpassungen wurden bereits letztes Jahr vorgenommen, beispielsweise wurden die Fachstellen Wasser und Abwasser nach der Pensionierung des einen Stelleninhabers zusammengelegt. Dies ergab Einsparungen von CHF 100'000. Weitere Pensionierungen stehen Ende 2015 / Anfang 2016 bevor. Diese Personen werden nicht mehr ersetzt, dies hat weitere Einsparungen von rund CHF 150'000 – 200'000 zur Folge. Es werden jedoch keine Mitarbeiter entlassen und bis der Personalbestand aufgrund der Pensionierungen reduziert ist, braucht es ca. ein Jahr. Anschliessend werden die entsprechenden Anpassungen an der Organisation vorgenommen.

Ressort/Bereich Liegenschaften / (Fach)-Bereich Hauswartung und Reinigung

Peter Kistler, Niederurnen, SP

Die im Bereich Hauswartung und Reinigung geplanten Einsparungen hinterlassen den Eindruck, dass bei denjenigen Personen gespart wird, die a) am wenigsten verdienen und b) sich am schlechtesten wehren können. Nicht Alle können sich gleich gut verkaufen und es ist zu vermuten, dass dies in anderen Bereichen besser gelungen ist. Peter Kistler erwartet jetzt keine Antwort, er empfiehlt jedoch dem Gemeinderat und der Verwaltung, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Sollten die Optimierungsmassnahmen in diesem Bereich tatsächlich umgesetzt werden, muss dies mit viel Augenmass und Verständnis für die Direktbetroffenen geschehen.

Bruno Gallati, Gemeinderat

Die Worte von Peter Kistler werden zur Kenntnis genommen.

Ressort/Bereich Wald und Landwirtschaft / (Fach)-Bereich Forst / Thema Aufbauorganisation

Daniel Bär, Oberurnen, SVP

Weist auf einen Rechtschreibfehler im zweiten Abschnitt hin (Vorarbeiter statt Vorabreiter).

Keine weiteren Wortmeldungen.

Projekt-Zusammenfassung

Peter Kistler, Niederurnen, SP

Grundsätzlich betrachtet die Fraktion SP die Publikation der PuMa-Analyse als Gewinn. Es ist wichtig, dass der Stein, welcher jetzt ins Rollen gebracht wurde, durch interne Prozesse in Bewegung gehalten wird. Beim Betrachten der Resultate stellen sich einige Fragen bezüglich der Vorgehensweise: Wurde das ganze Spektrum ausgeschöpft? Ist darauf geachtet worden, dass alle Themen angegangen werden? Wurde systematisch dafür gesorgt, dass es keine blinden Flecken gibt oder gab es eventuell sogar Tabu-Bereiche? Es bleibt ein leiser Verdacht bestehen. Es scheint verständlich, dass die einzelnen Ressorts auch einzeln betrachtet wurden. Betreffend ressortübergreifende Themen findet sich in der Analyse kein einziges Wort, als Beispiel sei hier die IT-Infrastruktur genannt. Wenn der Prozess nun intern weitergeführt wird, muss sichergestellt werden, dass insbesondere auch ressortübergreifende Themen von Anfang an miteinbezogen werden. Zum Thema Vollständigkeit der Analyse stellt Peter Kistler folgende Überlegungen an: Die PuMa Consulting betrachtete alle Aufgaben welche die Gemeinde heute erfüllt. Jede dieser Aufgaben wurde daraufhin auf ihre gesetzliche Notwendigkeit überprüft, wobei freiwillige Aufgaben eingespart werden können. Es gibt aber noch eine zweite Sichtweise: Welche Aufgaben hat die Gemeinde gemäss Gesetz zu erfüllen und kommt sie dieser Pflicht nach oder eventuell nur teilweise. Dies würde zu einer zweiten Liste und damit zur Erkenntnis führen, ob die Gemeinde wirklich das macht, was sie machen müsste und worauf die Einwohner Anspruch haben. Peter Kistler fordert den Gemeinderat auf, auch diesen Aspekt zu betrachten, nur so kann Effektivität und Effizienz gewährleistet werden. Effektivität heisst: Es wird das Richtige gemacht und Effizienz bedeutet: Es wird richtig gemacht.

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Im Namen der SVP-Fraktion dankt Adrian Hager dem Gemeinderat für die zur Verfügung gestellten Unterlagen. Grundsätzlich begrüsst die Fraktion die Absicht des Gemeinderates, die Sparmassnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig ist sie von der Notwendigkeit überzeugt, dass die Gemeinde Glarus Nord weiterhin spart, unabhängig davon wie die Rechnung im nächsten Jahr ausfällt, denn dies kann sich in Zukunft wieder ändern. Wichtig sind eine kontinuierliche Verbesserung und die Einleitung der entsprechenden Massnahmen. Über die Arbeitsweise einer Beratungsfirma kann man geteilter Meinung sein und es kann auch die eine oder andere Massnahme fragwürdig sein. Die SVP-Fraktion ist aber überzeugt, dass eine Beraterfirma alle Massnahmen ungefiltert vorbringen muss und es dann beim Gemeinderat liegt, sich auf die entsprechenden Themen zu fokussieren. Wenn es gelingt, unter dem Strich CHF 1.15 Mio. einzusparen, kann dies als Erfolg für die Zukunft von Glarus Nord verzeichnet werden und die Studie hat sich gelohnt. Die Aussage des Gemeinderates, dass diese CHF 1.15 Mio. ab 2016 ins Budget einfließen werden, ist sehr ambitiös, auch hinsichtlich der bereits erwähnten Abgeltung der forsthoheitlichen Massnahmen. Der Gemeinderat hat sich jedoch dieses Ziel gesetzt und die SVP-Fraktion erwartet im Rahmen des Budgets eine Aufstellung, welche aufzeigt, welche Ziele erreicht wurden.

Madlaina Brugger, Mollis, Grüne

Dankt auch im Namen der Fraktion Grüne für die Vorlage des Berichtes und lobt dessen Transparenz. Es ist allen bewusst, dass diese Analyse auch Kosten verursacht hat, diese beinhalten nicht nur das Honorar der Beraterfirma sondern auch die aufgewendeten Arbeitsstunden der Verwaltung.

Die Fraktion Grüne fordert einen Vergleich der Vollkostenrechnung inkl. Arbeitsstunden der Verwaltung mit dem möglichen Sparpotenzial. Eine externe Sicht auf die Vorschläge aus dieser Studie wird als wichtig erachtet, die Arbeit ist damit noch nicht beendet. Wenn der Prozess intern nicht weitergeführt würde, wäre dies schade und nicht effizient. Die Möglichkeiten der Gemeinde zur Umsetzung der Vorschläge sind sehr beschränkt, andererseits sind eine beachtliche Anzahl der Vorschläge keine Sparmassnahmen im eigentlichen Sinn. Beispielsweise soll eine Kindergartenklasse eingespart werden und zufälligerweise hat es zu diesem Zeitpunkt auch weniger Kinder. Es ist auch aufgefallen, dass einige Massnahmen beinhalten, beim Kanton „die hohle Hand“ zu machen. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine Verschiebung, die Arbeit wird dadurch weder effizienter noch effektiver. Auch der Kanton und die beiden anderen Gemeinden haben eine Analyse vorgenommen und es kann davon ausgegangen werden, dass diese Analysen ebenfalls Vorschläge zur Umverteilung enthalten. Aus Sicht des Steuerzahlers wird dabei kein einziger Rappen gespart. Allerdings gibt es auch Vorschläge, vor allem im Bereich Bau und Umwelt, welche als effektive Sparmassnahmen zu bezeichnen sind. Die Fraktion Grüne bezeichnet den Zeitpunkt für die Erstellung dieser Analyse als ideal. Die Gemeinde Glarus Nord besteht jetzt genügend lange, dass sich eine Analyse lohnt, sie ist aber auch noch jung genug, um Änderungen mit einer gewissen Leichtigkeit durchführen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass die Gemeinde die Chance wahrnimmt und die Analyse nicht nur als Anstoss für eine Sparrunde betrachtet, sondern diese auch der Qualitätsverbesserung dient, ganz im Sinne von Effektivität und Effizienz.

Roger Schneider, Gemeinderat

Es wird von Anfang an sehr stark auf den Ort der Einschulung geachtet. Eine Einflussnahme diesbezüglich ist vor allem bei Neuzuzügern meist problemlos möglich. Klassenzusammenfassungen sind nicht als „keine Massnahme“ zu bezeichnen, dies kann durchaus zur Kündigung von Lehrpersonen führen. Es ist aber unumgänglich, dass diese Einsparungen vorgenommen werden, damit an Orten mit kontinuierlichem Wachstum das notwendige Geld wieder zur Verfügung steht. Im Ganzen betrachtet wird der Bereich Bildung nicht günstiger, aber das zur Verfügung stehende Geld kann am richtigen Ort eingesetzt werden. Das Gesamtwachstum der Kosten kann damit zwar nicht verhindert, aber zumindest etwas eingedämmt werden ohne dabei einen Leistungs- oder Qualitätsverlust zu riskieren.

Hans Hösli, Mollis, SVP

Aus der Vorlage geht hervor, dass es sich hier in erster Linie um ein Exekutivgeschäft handelt, welches dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird. Der Gemeinderat ermöglicht dem Parlament, zu den einzelnen Bereichen Fragen zu stellen. Grundsätzlich werden alle Bemühungen in Bezug auf eine Verbesserung der Effizienz sehr begrüsst, dies ist beim Staat wie auch bei der Privatwirtschaft nicht anders. Es ist jedoch wichtig, den gesunden Menschenverstand walten zu lassen und die Probleme sachlich anzugehen, zu eruieren und zu beurteilen. Mit Einsparungen in der Höhe von CHF 1,5 Mio. wäre schon einiges erreicht. Man kann sich natürlich immer fragen wo gespart werden soll, dabei spielen zum Teil auch politische Erwägungen eine Rolle, beispielsweise in Bezug auf die Schule oder Bibliotheken. Die gesellschaftspolitischen Anliegen des Volkes müssen berücksichtigt werden. Hans Hösli appelliert an den Gemeinderat, die Resultate der PuMa-Analyse nicht allzu streng anzusehen. Grundsätzlich ist die Aussage der Analyse, dass bei voller Ausschöpfung aller Massnahmen rund CHF 4,7 Mio. eingespart werden können, dies ist jedoch kaum umsetzbar. Bezüglich des letzten Budgets stellt Hans Hösli fest, dass der Aufwand stetig steigt. Die Rechnung zeigte zwar ein gutes Resultat und die nächste Rechnung soll noch besser ausfallen. Man darf dabei jedoch nicht vergessen, dass viele Vorhaben in der Vergangenheit verschoben wurden. Er hat die starke Befürchtung, dass eines Tages sehr hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen werden und mahnt deshalb zur Vorsicht. Im Weiteren ist er der Meinung, dass beim Personal vermehrt auf eine Effizienzgewinnung geachtet werden soll. Ihm scheint, dass in den vergangenen vier Jahren in diesem Bereich eine Aufdotierung stattfand, es wurden relativ viele neue Mitarbeitende eingestellt. Hans Hösli bittet den Gemeinderat, Vorsicht walten zu lassen, damit bei der Effizienz noch gewisse Optimierungen erreicht werden können.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Dankt für die interessante Diskussion und Beurteilung der vorliegenden Effektivitäts- und Effizienzanalyse. Die Durchführung einer Überprüfung war stets unbestritten, der einzige Diskussionspunkt war, den richtigen Zeitpunkt dafür zu bestimmen. Martin Laupper zeigt kurz den Werdegang dieses Geschäftes auf: Im Rahmen von Gesprächen mit dem Kanton stellten alle drei Gemeinden fest, dass die Steuerverteilung zwischen Kanton und Gemeinde nicht stimmt. Gemäss der damaligen Beurteilung lag diese bis zu 4% zu Ungunsten der Gemeinden. Die finanzpolitische Ausgangslage war schwierig, das erste Budget 2011 für die Gemeinde Glarus Nord wies noch einen Aufwandüberschuss von über CHF 12 Mio. auf. Durch die Strukturreform konnte ein Effizienzgewinn erzielt und ein erstes Budget mit einem Aufwandüberschuss von CHF 6,9 Mio. vorgelegt werden. Bereits damals wurde deutlich, dass die Totalveränderungen der vorhandenen Strukturen Wirkung zeigen. Jedoch war es schwierig, einen direkten Vergleich zu den ehemaligen Gemeinden zu ziehen. Beim Kanton haben die drei Gemeinden um die Veränderung der Steuerverteilung 60% Gemeinde – 54% Kanton gekämpft. Im 2011 erhielten die Gemeinden aufgrund einer von der Landsgemeinde beschlossenen Übergangsregelung lediglich 58%. Für die Gemeinde bedeutet die Differenz von 2% ein Betrag von CHF 1,2 Mio. fehlende Steuereinnahmen. Zusätzlich gab es eine Steuerreduktion von durchschnittlich 12%. Demzufolge standen der Gemeinde Glarus Nord ab Beginn im Jahr 2011 CHF 5 Mio. weniger an Steuerertrag zur Verfügung. Andererseits musste in der Projektarbeit eine völlig neue Organisation, basierend auf Annahmen, geschaffen werden. Das Interesse war bereits damals gross, nach einer bestimmten Zeit eine Analyse vorzunehmen und zu prüfen, ob die gesetzten Ziele erreicht werden. Seither wurden jedes Jahr Korrekturen vorgenommen, um weitere Kosten einzusparen, immer mit dem angestrebten Ziel vor Augen, möglichst rasch schwarze Zahlen zu schreiben. Vom Kanton erhielten die Gemeinden ein zusätzliches Steuerprozent sowie für eine Übergangszeit von zwei Jahren einen Finanzausgleich von CHF 1,2 Mio. pro Jahr. Dieses Zugeständnis des Kantons war an die Bedingung geknüpft, dass die Gemeinden dieselbe Analyse vornehmen lassen wie der Kanton. Der Auftrag an die PuMa umfasste eine Analyse aller Bereiche der Gemeindeverwaltung unter den gleichen Aspekten wie beim Kanton sowie Aufzeigen des Verzichtspotenzials bei den Aufgaben. PuMa zeigte in den Resultaten auf, welche Aufgaben aufgrund gesetzlicher Notwendigkeit zu erfüllen sind und welches zusätzliche Potenzial auf freiwilliger Basis vorhanden wäre. Diese Analyse stellt nicht einfach ein Arbeitspapier für die Exekutive dar. Vielmehr möchte der Gemeinderat damit aufzeigen, dass Potenzial vorhanden ist. Er hat die Massnahmen beurteilt und seine Empfehlungen abgegeben. Ist das Parlament oder sind die Bürger der Meinung, dass eine der weiteren aufgezeigten Massnahmen umgesetzt werden müsste, stehen ihnen dazu sämtliche politischen Instrumente zur Verfügung. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass über die aufgelisteten Themen diskutiert wird. Im Finanzplan wurden Kosteneinsparungen von CHF 1 Mio. pro Jahr festgelegt. Die Grenze der Sparbemühungen ist jedoch spätestens dann erreicht, wenn die Gemeinde mit ihrer Leistungserbringung die Bürger nicht mehr zufriedenstellen kann.

In der Presse wurde der Bericht der PuMa eher negativ bewertet. Der Gemeinderat konnte aber feststellen, dass die PuMa ihren Auftrag vollständig erfüllt hat. Sie hat der Gemeinde einen Spiegel vorgehalten und aufgezeigt, welche Aufgaben erfüllt wurden und wo noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Besonders erfreut war der Gemeinderat über das Resultat bezüglich Effizienz, dazu konnten kaum Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Im Grundsatz sagt die Analyse aus, dass die Gemeinde Glarus Nord gut aufgestellt ist.

Bericht Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

Schlussabstimmung

Hans Hösli, Mollis, SVP

Er ist der Meinung, dass die Kenntnisnahme eines Berichts keine Abstimmung erfordert. Sollte trotzdem darüber abgestimmt werden, wird er sich der Stimme enthalten.

Das Parlament beschliesst einstimmig, von der PuMa Effektivitäts- und Effizienzanalyse Kenntnis zu nehmen.

4. Umfrage

Mitteilungen und Anfragen

a) Max Eberle, Näfels, BDP

Erkundigt sich nach dem Stand der Motion Parkverbot entlang Kleinlinthli.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Seit wenigen Tagen ist der Einspracheentscheid bekannt, die Einsprachen wurden abgelehnt. Das Geschäft wird (nach Ablauf der Beschwerdefrist) an das zuständige Ressort überwiesen.

b) Ruedi Menzi, Gemeinderat

Bedankt sich beim Parlament für die Genehmigung des Verpflichtungskredits für die Erschliessung Rietegg. In diesem Zusammenhang macht er auf die interessante Broschüre „Schutzwald im Kanton Glarus – Strategie zur Bewirtschaftung“ aufmerksam. Diese kann beim kant. Departement Bau und Umwelt, Wald/Naturgefahren, bezogen werden.

Informationen aus dem Parlamentsbüro

Am Samstag, 13. Juni 2015 findet im sanierten und umgebauten Feuerwehrlokal Mollis ein Tag der offenen Türe statt. Dazu sind Parlament und die gesamte Bevölkerung herzlich eingeladen.

Im Namen des Parlamentes gratuliert die Vorsitzende Gemeindeschreiberin Andrea Antonietti Pfiffner zum 10-jährigen Arbeitsjubiläum und dankt ihr für das grosse Engagement, zuerst für die Gemeinde Bilten und jetzt für die Gemeinde Glarus Nord. Sie wünscht ihr weiterhin viel Freude an ihrer Arbeit und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit.

Zum Schluss

Parlamentspräsidentin Gret Menzi dankt Allen für das engagierte Mitmachen und freut sich auf das anschliessende gemeinsame Abendessen.

Nächste Parlamentssitzung

Die nächste Parlamentssitzung Glarus Nord findet am Donnerstag, 23. April 2015, 17.30 Uhr statt.

Schluss der Sitzung: 19.15 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin

Gret Menzi

Doris Fischli